

**Christian Albrecht**  
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Landeshaus, 24171 Kiel  
Postfach 7121  
Telefon: 0431/9881488  
Telefax: 0431/9881497  
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 353/99

Kiel, Montag, 13. Dezember 1999

## **Ekkehard Klug: Angaben des Bildungsministeriums zum Lehrerbedarf der einzelnen Schularten und Stellenzuweisungen im Haushaltsentwurf 2000 klaffen weit auseinander**



**- Große Anfrage der F.D.P. zur Entwicklung des Lehrerbedarfs (Ds  
14/2553) soll Unstimmigkeiten klären -**

„Die bisherigen Verlautbarungen und Planungen des Bildungsministeriums zum Thema Lehrerbedarf sind völlig widersprüchlich. Sie vermitteln den Eindruck, dass die rot-grüne Landesregierung in dieser für die Unterrichtsversorgung in den kommenden Jahren entscheidenden Frage der Schulpolitik entweder desorientiert ist oder ein falsches Spiel treibt“.

Mit diesen Worten hat heute der bildungspolitische Sprecher der schleswig-holsteinischen F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, die Schulpolitik der Landesregierung kritisiert.

Klug verwies in diesem Zusammenhang auf folgende Fakten:

- In einer dem Bildungsausschuss des Landtages zugeleiteten Aufschlüsselung des Lehrerbedarfs für die einzelnen Schularten (Umdruck 14/4121) stelle das Ministerium fest, den höchsten Stellenbedarf habe der Gymnasial- und der Berufsschulbereich: 417 bzw. 361 zusätzliche Stellen in den Schuljahren 2000/01 bis 2004/05 - bei einem Gesamtbedarf im Umfang von 1.259 zusätzlichen Stellen.

Demgegenüber sollen Gymnasien und Berufsschulen nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung von den für das kommende Schuljahr (2000/01) geplanten 200 neuen Stellen nur 10 bzw. 15 Stellen erhalten - und damit im Vergleich zur Schülerzahlentwicklung am schlechtesten abschneiden. Den Grund- und Hauptschulen weist der Haushaltsentwurf zum nächsten Schuljahr dagegen 70 zusätzliche Stellen zu, obwohl das Bildungsministerium den Gesamtbedarf dieses Bereiches für den Zeitraum bis 2004/05 nur auf 35 Stellen berechnet.

- Das Bildungsministerium beziffert den zusätzlichen Lehrerbedarf für die Schuljahre 2000/01 bis 2004/05 in seiner Lehrerbedarfsprognose, die es erst nach der Diskussion über die Zahlen des Landesrechnungshofes vorlegte, auf 1.259 bzw. 1.260 Stellen (Umdrucke 14/ 4121 und 14/4019) - und zwar bezogen

Presseinformation

auf einen Anstieg der Schülerzahlen um knapp 32.000 zusätzliche Schüler. Gleichzeitig verweist das Ministerium in seiner Vorlage für den Bildungs- und den Finanzausschuss (Umdruck 14/4019) selber auf die von ihm vor etwa drei Jahren für die jetzt endende Wahlperiode vorgelegte Bedarfsberechnung im Rahmen des „KLAUS“-Konzeptes: Dort wurde für die Jahre 1996 bis 2000 ein Mehrbedarf im Umfang von 2.100 Lehrerstellen vor dem Hintergrund eines Schülerzahlanstiegs um ca. 35.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler zugrundegelegt.

Diese Unstimmigkeiten werfen, wie Ekkehard Klug hierzu feststellte, eine Reihe von Fragen auf:

- Weshalb setzt die Landesregierung den Lehrerbedarf für die kommenden Jahre um mehr als 800 Stellen niedriger an als beim KLAUS-Konzept - obgleich in beiden Fällen Unterrichtsversorgung für einen ähnlich hohen Schülerzahlanstieg sicherzustellen ist (32.000 bzw. 35.000 zusätzliche Schüler) ?

- Welche Berechnungsverfahren lagen bzw. liegen den verschiedenen Lehrerbedarfsberechnungen der rot-grünen Landesregierung zugrunde - und aus welchen Gründen gibt es dabei offensichtlich erhebliche Unterschiede?

- Hat das Bildungsministerium in seinen Berechnungen für die Jahre bis 2004/05 Verschlechterungen im Unterrichtsangebot einkalkuliert, die seine im Vergleich zu „KLAUS“ wesentlich niedrigeren Bedarfsangaben und die Abweichungen von den Zahlen des Landesrechnungshofes (rund 1.500 Stellen Mehrbedarf allein an den allgemeinbildenden Schulen) erklären?

Aufklärung über die Widersprüche und Unstimmigkeiten in den Angaben des Bildungsministeriums erhofft sich die F.D.P.-Fraktion von einer kürzlich im Landtag eingebrachten Großen Anfrage zur Entwicklung des Lehrerbedarfs (Ds 14/2553). Dass die rot-grüne Landesregierung in dieser für die künftige Unterrichtsversorgung an den Schulen wesentlichen Frage bislang keine überzeugenden Antworten gegeben habe, liege angesichts der dargestellten Fakten klar auf der Hand, stellte Ekkehard Klug abschließend fest.